

Eingliederungshilfe im Verbund mit den Landschaftsverbänden. Das ist ein deutlicher Beitrag zur Entlastung der kommunalen Haushalte in Nordrhein-Westfalen. Ich freue mich über dieses Ergebnis im Rahmen der Verhandlungen zur Großen Koalition.

Des Weiteren kritisieren Sie die Verbundquote von 23 %. Das hat in der letzten Debatte im September schon Frau Scharrenbach getan; das haben Sie, Herr Abruszat, heute mal wieder getan, im Verbund mit Herrn Kuper. Was allerdings bis heute fehlt, ist ein einziger vernünftiger Vorschlag aus Ihren Reihen, wie diese höhere Quote gegenzufinanzieren wäre. Und weil Sie keine Idee dazu haben, ist eine solche Debatte auch nicht fair; denn es ist nicht umsetzbar.

Allerdings hat mich auch gewundert – diese Frage hätte ich als nächste gestellt, Herr Körfges hat sie mir vorweggenommen –: Wenn es Ihnen so wichtig ist, die Verbundquote zu erhöhen, warum haben Sie das in fünf Jahren Regierungsverantwortung eigentlich nicht getan?

(Beifall von der SPD)

Diese Frage stellt sich hier.

Ihr zweiter Kritikpunkt ist die Nichtumsetzung des FiFo-Gutachtens. Ja – ich sage ganz deutlich –, wir hätten dieses FiFo-Gutachten und seine Vorschläge in das GFG 2014 einarbeiten können, wir hätten es durchsetzen können. Das allerdings hätte das klare Signal an die Kommunen bedeutet: Wir kündigen unsere gleichberechtigte Partnerschaft auf! Schluss ist mit Politik auf Augenhöhe! – Meine Damen und Herren, lieber Herr Abruszat, das ist nicht der Stil dieser Landesregierung. Dieser Stil gehört in Nordrhein-Westfalen Gott sei Dank der Vergangenheit an.

(Zuruf von Kai Abruszat [FDP])

Wir werden gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden nach Lösungen suchen; das werden wir im Dialog tun. Das ist uns übrigens, wie ich finde, in außerordentlich guter Art und Weise bei den Einheitslasten gelungen. Das wird, glaube ich, auch bei der Umsetzung des FiFo-Gutachtens gelingen.

Meine Damen und Herren, jetzt ein ernsthafter Hinweis: Ich finde, wir sollten in diesem Haus an einem konstruktiven und sachlichen Dialog darüber interessiert sein, wie wir den Kommunen in schwierigen Situationen helfen können. Dieser Dialog gelingt im Kommunalausschuss mal mehr, mal weniger, Herr Abruszat, Herr Kuper.

Ich wiederhole das, was wir schon oft gesagt haben: Wenn es gute Ideen gibt, wenn es machbare Vorschläge gibt, dann haben wir ein offenes Ohr, egal von welcher Seite diese kommen.

Sie haben hier heute die Erhöhung der Verbundquote eingefordert. Ich freue mich, Herr Kuper und

Herr Abruszat, auf Ihren Gesetzentwurf mit den entsprechenden Gegenfinanzierungsvorschlägen. Also machen Sie sich an die Arbeit! – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und Reiner Priggen [GRÜNE] – Widerspruch von der FDP)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Minister. – Wir sind damit am Ende dieses Tagesordnungspunktes.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass das **Gemeindefinanzierungsgesetz Drucksache 16/3802** entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 16/4417 **morgen** nach den Beratungen des Haushaltsgesetzes **abgestimmt** wird. Auch über die Rücküberweisung des GFG zur Vorbereitung der dritten Lesung werden wir morgen zusammen mit dem Haushaltsgesetz entscheiden.

Ich rufe nun auf:

**Einzelplan 12  
Finanzministerium  
Einzelplan 20  
Allgemeine Finanzverwaltung**

Änderungsantrag  
des Abgeordneten Robert Stein (fraktionslos)  
Drucksache 16/4484

Ich gebe Ihnen den Hinweis auf die Beschlussempfehlung und die Berichte des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksachen 16/4400 – Neudruck –, 16/4420 und 16/4412 sowie auf den Änderungsantrag des fraktionslosen Abgeordneten Stein Drucksache 16/4484.

Ich eröffne die Aussprache zu

**Teilbereich  
Haushaltsgesetz**

In Verbindung mit:

**Teilbereich  
Allgemeine Finanzverwaltung**

Als erstem Redner erteile ich für die CDU-Fraktion Herrn Abgeordneten Dr. Optendrenk das Wort.

**Dr. Marcus Optendrenk (CDU):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörer! Die rot-grüne Landesregierung verweigert sich jetzt seit drei Jahren strukturellen Reformen. Solide Finanzpolitik findet nicht statt. Das sehen wir auch an den Anträgen, die wir in diesem Haushaltsverfahren zu beraten haben, nämlich zum Beispiel an dem Hin und Her, das sie veranstalten beim

Kommunal-Soli, beim Denkmalschutz, der eigentlich ein verkappter Kahlschlag ist, bei der Inklusionsdebatte und der verfassungswidrigen Beamtenbesoldung. Es fehlt ihnen schlicht und ergreifend ein Gesamtkonzept.

Die rot-grüne Landesregierung ist offensichtlich nicht in der Lage, verfassungsfeste und für die Bürgerinnen und Bürger tragfähige Veränderungen auf der Ausgabenseite des Landeshaushaltes zu Wege zu bringen.

(Dietmar Bell [SPD]: Tosender Beifall!)

Diese Verweigerung ist unverantwortlich, sie ist ungerecht, sie ist unsozial.

(Beifall von der CDU)

In der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses in der vergangenen Woche haben wir erneut 67 Einzeländerungsanträge vorgelegt, aus denen hervorgeht, wie die Sanierung der Finanzen in Nordrhein-Westfalen dauerhaft gelingen kann.

Unsere Haushaltsänderungsanträge begleiten wir durch inhaltliche Fachanträge. Schulverwaltungsassistenten, Polizeiverwaltungsassistenten und eine Reform des Arbeitsschutzes sind schon in der aktuellen parlamentarischen Beratung. Weitere Fachanträge zu neuen Strukturen beim Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes, für ein aktives Gesundheitsmanagement im öffentlichen Dienst, um die explodierenden Betreuungskosten in der Justiz in den Griff zu bekommen und um die Wirtschaftskraft in Nordrhein-Westfalen zu stärken, kann ich Ihnen heute ankündigen. Sie widerlegen den ständig wiederholten und falschen Vorwurf, wir hätten kein Konzept vorgelegt. Lesen Sie es erst einmal.

(Beifall von der CDU – Zurufe von Martin Börschel [SPD] und Minister Guntram Schneider)

Wie sieht denn das Konzept der rot-grünen Landesregierung nach dreieinhalb Jahren aus? Die Wahrheit ist: Es gibt keins, auch nicht nach dreieinhalb Jahren Regierung Kraft.

(Beifall von der CDU und Robert Stein [fraktionslos] – Widerspruch von Marc Herter [SPD])

Stattdessen haben Sie die Kulissen aufgebaut, die so aussehen sollen, als gäbe es einen soliden Haushalt und eine Konsolidierungslinie. Im alten Russland nannte man diese Kulissenschieberei das Aufbauen von Potemkinschen Dörfern. Hinter diesen Kulissen sieht es allerdings ärmlich und leer aus. Sie setzen ausschließlich auf in Zahlen gegossene Hoffnungswerte.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Ich nenne globale Minderausgaben von fast 900 Millionen € und globale Mehreinnahmen von 300 Millionen €.

(Martin Börschel [SPD]: Sie erhöhen sie doch!)

Das heißt: Von 1,2 Milliarden € wissen Sie heute noch nicht, woher sie kommen sollen bzw. wie Sie sie einsparen wollen. Das erinnert mich an den legendären Baron von Münchhausen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD: Oh!)

Als er schon mit seinem Pferd ganz tief im Sumpf steckte, kam er auf die glorreiche Idee, sich einfach am eigenen Schopfe aus dem Sumpf herauszuziehen – und das Pferd gleich mit. So machen Sie Haushaltspolitik.

Wir haben im Fachausschuss nachgefragt, wie denn die globalen Mehreinnahmen erzielt werden sollen. Auf Bundesebene kommen sie wohl nicht, aber vielleicht auf Landesebene.

Unlängst gab es eine interessante Berichterstattung über Überlegungen zur Grunderwerbsteuererhöhung. Das haben Sie dann mal vorläufig dementiert, aber nicht so richtig. Damit wären wir mit Schleswig-Holstein nämlich Spitzenreiter. Unsere jungen Familien hätten bei den aktuellen Grundstückspreisen noch mehr das Nachsehen.

(Christian Lindner [FDP]: So ist das! – Heike Gebhard [SPD]: Wäre, hätte, könnte, müsste!)

Wir haben nachgefragt, woher die globale Minderausgabe kommen soll. Dann läuft es wohl so, wie es bei der letzten Haushaltsberatung schon absehbar war – aber wahrscheinlich nur für die Ministerin –: Im Schulhaushalt konnte wegen der Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe der Vertretungsunterricht nicht bezahlt werden.

Damit entziehen Sie – das ist das generelle Beispiel, warum man globale Minderausgaben über einen Bodensatz hinaus nicht machen soll – dem Parlament die Ausgabeentscheidung und beschädigen damit das Königsrecht des Gesetzgebers, nämlich das Budgetrecht.

(Beifall von der CDU und Robert Stein [fraktionslos])

Wer die Steuerungsfunktion eines Haushalts ernst nimmt, muss ein solches Vorgehen ablehnen, oder er muss sich, liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, den Vorwurf machen lassen, dass er eigentlich nur ein Abnicker ist. Das wäre allerdings ein trauriges Bild für eine Parlamentsmehrheit.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Wir haben Ihnen im Ausschuss den Vorschlag gemacht, die globale Minderausgabe in 2014 wenigstens zu einem Teil abzusenken. Auch das haben Sie kommentarlos abgelehnt. Ohne Ihre Globalpositionen würde Ihre Neuverschuldung nicht bei

2,4 Milliarden €, sondern bei 3,6 Milliarden € liegen. Das setzt sich in der Finanzplanung so fort.

Sie haben jedes Jahr Globalpositionen in Höhe von 1,2 Milliarden € und verweigern die Diskussion über notwendige und grundlegende Strukturveränderungen im Landeshaushalt sowie – das ist viel schlimmer – über die Art und Weise, wie das Land seine Aufgaben wahrnimmt.

Wo Sie die Ideen schon kennen, scheuen Sie sich, diese Ideen umzusetzen, weil es Mühe macht, weil Überzeugungsarbeit notwendig wäre oder weil es Ärger bringen würde.

Ich stelle fest: Sie verwenden ganz viel Geld auf die Kulissenbauerei für Ihre Potemkinschen Dörfer. Es wäre viel sinnvoller, wenn Sie die Energie dafür nutzen würden, um unser Land fit für die Zukunft zu machen.

Ein Thema, das im Haushalt 2014 nicht sauber dargestellt ist, hat uns in den letzten Tagen mehrfach im Haushalts- und Finanzausschuss beschäftigt, nämlich das Thema „CIO“. Heute Abend hätten wir uns eigentlich – versteckt in einem Befristungsgesetz in Artikel 5 – mit diesem Thema beschäftigen sollen.

Aber die Koalition hat das wegen Beratungsbedarfs von der Tagesordnung genommen. Es ist sehr klar, warum das der Fall war. Da passte einiges nicht zusammen. Die Ministerien sind bisher nicht bereit, mit eigenen Stellen für den Stab eines solchen Chief Information Officers beizutragen. Das Konzept ist nicht etatreif, unausgegoren und ein Schnellschuss.

Ich sage nichts gegen einen CIO im Grundsatz; das ist schon sinnvoll. Aber wir haben uns dann gefragt, warum er nach B8 und damit höher als ein Abteilungsleiter bezahlt werden, aber andererseits kein politischer Beamter sein soll. Darauf kamen im Ausschuss zwar viele Worte, aber keine plausiblen Erklärungen. Jetzt ist klar, warum es so unausgegoren war und so flott gehen musste: Im Innenministerium sollte schnell eine Abteilungsleiterstelle frei werden. Der bisherige, allseits sehr geschätzte und kompetente Abteilungsleiter musste eine neue Aufgabe haben.

So gibt es seit dem 1. November zwar einen CIO, aber noch keine Stelle, kein ihm im Haushalt 2014 zugeordnetes Personal, kein fertiges Konzept, keine Beschlüsse, keine Änderungsanträge, die Sie zum Nachtrag 2013 vorgelegt hätten. Aber es gibt schon einen installierten Nachfolger für diesen Abteilungsleiter.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wenn derjenige, der eben an diesem Rednerpult gestanden hat und von Ihnen früher immer liebevoll „Jäger 90“ genannte Abgeordnete, der heutige Innenminister, erfahren hätte, dass sein Vorgänger von der FDP eine solche Operation veranstaltet hätte, könnte ich mir Ihre Stimmungslage, die Stimmungslage

seiner Empörung, die Lautstärke Ihrer Zwischenrufe und die Heftigkeit Ihres Beifalls für Ihren „Jäger 90“ lebhaft ausmalen. Da wäre von Skandal, von Vetterwirtschaft, von Versorgung verdienter Parteigänger, von Selbstbedienungsladen und von vielem mehr die Rede.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

Mit hochrotem Kopf hätte Ihr „Jäger 90“ hier am Pult gestanden und die Regierung beschimpft.

Heute liest sich das natürlich ganz anders: Abteilungsleiterstellen werden im Innenministerium selbstverständlich nach Beurteilungsergebnissen und Qualifikation vergeben.

(Zuruf von der SPD: Richtig!)

Man mag sich fragen: Nach was denn sonst? Aber wer schreibt denn die Beurteilung? Wer beurteilt die Qualifikation für die Leitung einer großen Personal- und Organisationsabteilung des Verfassungsressorts?

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, ich will das hier nicht weiter hinterfragen, denn wir sind ja seit dieser Nacht alle Freunde – jedenfalls in Berlin.

(Heiterkeit)

Aber Sie werden es uns als Opposition in diesem Hohen Hause bitte auch in Zukunft nicht verübeln, dass wir kritisch nachfragen, wenn uns solche Aktionen spanisch vorkommen.

(Beifall von der CDU)

Es wäre gut, wenn Sie zumindest zur dritten Lesung des Haushalts 2014 alle Umsetzungsschritte für die ordnungsgemäße Einrichtung des CIO und die stellenmäßige Zuordnung seines Personals vornehmen. Dafür haben Sie immerhin noch drei Wochen Zeit. Ich bin gespannt, wie Sie diese Zeit nutzen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Dr. Optendrenk. – Für die SPD-Fraktion spricht der Herr Abgeordnete Hahnen.

**Uli Hahnen (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Machen Sie sich mal nichts vor, Herr Dr. Optendrenk:

(Zuruf von der SPD: Doktor ist er auch noch?)

Sie müssen sich noch sehr verändern, damit wir hier auch Freunde werden.

(Beifall von der SPD)

An uns liegt das nicht. Das liegt bisher an Ihnen.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, ich habe in der letzten Nacht geträumt.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das haben mehrere! – Weitere Zurufe)

Was ich geträumt habe, war ein Albtraum. Ich hatte diesen Albtraum, weil ich gedacht habe: Im Vorfeld des Beginns der Plenarberatungen zum Haushalt musst du dir die Haushaltsanträge der CDU noch einmal anschauen. Vielleicht hast du ja in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses etwas übersehen. – Ich habe festgestellt, liebe Kolleginnen und Kollegen: Das ist geradezu eine Horrorliste. Danach wusste ich auch, warum ich einen Albtraum hatte.

Die CDU legt eine Horrorliste vor. Wir haben festzustellen, dass Sie Kindergarten- und Studiengebühren wieder einführen wollen. 400 Millionen € wollen Sie bei den jungen Menschen abkassieren – wissend, dass gerade wir in Nordrhein-Westfalen den Nachwuchs brauchen und dabei niemanden zurücklassen können und niemanden zurücklassen werden.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, in der Horrorliste der CDU geht es weiter mit der Streichung von Lehrerstellen. 2014 sollen 61 Millionen € und mittelfristig 6.000 Lehrerstellen eingespart werden. Aber es werden Schulverwaltungsassistenten eingestellt.

(Zuruf von der SPD: Hilfslehrer!)

Was ist die Folge? – Bei einer CDU-Regierung würden wir in Zukunft Schulverwaltungsassistenten bekommen, die alle Unterrichtsausfälle, alle Klassenfrequenzen, alle Klassen mit 40 Kindern dokumentieren. Toll! Das ist Ihr Bildungsangebot für Nordrhein-Westfalen! Vergessen Sie's!

(Beifall von der SPD)

Sie wollen – so ein weiterer Vorschlag aus Ihrer Horrorliste – die Polizei beschränken: 16 Millionen € und mindestens 1.500 Stellen sollen gestrichen werden. – Mir wird bange um die Sicherheit von Nordrhein-Westfalen!

(Martin Börschel [SPD]: Richtig!)

Was die CDU bietet, ist Horror pur.

(Beifall von der SPD)

Sie wollen weg vom Arbeitsschutz. Sie wollen weg von der Umweltüberwachung. Sie wollen 149 Arbeitslosenzentren und Beratungsstellen schließen und sicherheitshalber das Sozialticket gleich mit abschaffen. – Meine Damen und Herren, ich weiß ja, warum ich einen Horroralbtraum hatte.

Wir haben zu lesen, dass Sie das Tariffreugesetz wieder abschaffen wollen. Das heißt, für Sie ist es überhaupt kein Problem, dass Dumpinglöhne ge-

zahlt werden und die Menschen von ihrer Arbeit nicht ausreichend leben können.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Christian Möbius [CDU])

Werter Herr Dr. Optendrenk, wenn Sie massive Kürzungen in den Förderprogrammen, nämlich mindestens 20 %, fordern, zum Beispiel beim Landesjugendplan, bei der Jugendarbeit, bei Kulturprogrammen, bei der Sportförderung und bei der Inklusion, sage ich Ihnen: Eigentlich hatte ich Sie immer für einen vernünftigen Menschen gehalten

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

und nicht für denjenigen, der Drehbücher für Horrorfilme schreibt.

(Beifall von der SPD)

Dann bin ich – Gott sei Dank – aus meinem Albtraum aufgewacht und habe gesehen, was Realität ist. Realität ist, meine Damen und Herren, dass wir eine gute Landesregierung haben, dass wir mit SPD und Grünen gute Parteien haben, die hier in Nordrhein-Westfalen diese Regierung tragen. Wir haben gegenüber der von Herrn Linssen noch für 2014 vorgesehenen Nettoneuverschuldung von 6,6 Milliarden € nur noch eine Neuverschuldung von 2,4 Milliarden €.

Zu all dem, was Sie beklagen, nämlich dass globale Minderausgaben und globale Mehreinnahmen nicht realistisch wären, sage ich Ihnen: Schauen Sie sich die letzten Haushalte im Haushaltsvollzug an, und Sie werden sehen, dass es realistisch war. Die Absenkung der Nettoneuverschuldung gegenüber den Plänen von Herrn Linssen von 6,6 Milliarden € auf 2,4 Milliarden € ist unser Weg der Konsolidierungslinie für Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf von Christian Möbius [CDU])

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der CDU, Herr Dr. Optendrenk: „Hätte“, „wäre“, „wenn“ waren Ihre Schlagworte quer durch die ganze Rede. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Mit Leuten, die von „hätte“, „wäre“ und „wenn“ reden, kann man Häuser neben psychiatrischen Kliniken füllen. Damit meine ich nicht Sie persönlich.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: „Hätte, hätte, Fahrradkette“!)

Statt eines Horrortrips haben wir eine solide Finanzierung in Nordrhein-Westfalen. Das soll so bleiben. Ersparen Sie bitte uns allen Horrornachrichten. Ersparen Sie uns allen Albträume und damit auch einen solchen, wie ich ihn in der letzten Nacht angesichts Ihrer Anträge leider einen hatte. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege Hahnen. – Für die FDP-Fraktion spricht der Herr Abgeordnete Witzel.

**Ralf Witzel (FDP):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach den Träumereien meines Vorredners – man könnte auch „Traumtänzereien“ sagen – kommen wir nun zu den harten Fakten der Haushaltspolitik in Nordrhein-Westfalen zurück.

(Beifall von der FDP)

Die, Frau Kollegin Löhrmann, sind nun wirklich bitter genug, wie man feststellt, wenn man sich die Fakten anschaut.

(Ibrahim Yetim [SPD]: Sie haben sich doch noch nie um Fakten gekümmert!)

Sie führen bei uns, der Opposition, natürlich zu der Bewertung, dass der Finanzminister ein haushaltspolitischer Geisterfahrer ohne Navigationssystem ist, der volle Fahrt voraus fröhlich weiter in den Schuldensumpf fährt.

(Beifall von der FDP)

Meine Herren, warum wir zu dieser Einschätzung gelangen, geht aus den nackten Zahlen und Fakten hervor. Herr Finanzminister, bei Regierungsübernahme durch Sie vor drei Jahren hatten Sie im Haushalt 2010 Gesamteinnahmen von 48,3 Milliarden €. Sie haben heute, Ende 2013, 57,1 Milliarden € Gesamteinnahmen. In drei Jahren sind das Mehreinnahmen von 8,8 Milliarden €.

Wenn man sich auf der anderen Seite die von Ihnen getätigte Nettokreditaufnahme anschaut, stellt man fest: Sie haben 2010 einen Haushalt mit einer NKA von 4,8 Milliarden € übernommen und legen für 2014 einen mit einer NKA von 2,4 Milliarden € vor. Das heißt, 8,8 Milliarden € Mehreinnahmen führen dazu, dass Sie um 2,4 Milliarden € absenken wollen.

Damit sehen Sie auch schon das Problem Ihrer Haushaltspolitik: Die bereinigten Gesamtausgaben haben sich nämlich zwischen 2010 und Ihren Planungen für 2014 von 53,7 Milliarden € auf 62 Milliarden € erhöht. Wenn also in drei Jahren Einnahmeverbesserungen von 18 % vorhanden sind und trotzdem eine so hohe Neuverschuldung bleibt, heißt das: Wir haben in diesem Land kein Einnahmeproblem, weshalb man immer wieder mehr Abgaben und immer mehr Steuern fordern müsste, sondern ein Ausgabenproblem, weil diese Landesregierung den Landeshaushalt nicht in den Griff bekommt.

(Beifall von der FDP)

Hätten Sie, Herr Finanzminister, den schwarzen Konsolidierungspfad fortgesetzt,

(Lachen von der SPD)

hätten Sie dem Land in diesen drei Jahren 7 Milliarden € Neuverschuldung ersparen können. Dann hätte es aber nicht so viele Wahlgeschenke auf Pump gegeben, wie Sie das hier praktiziert haben.

(Zuruf von der SPD: Das wäre eine Geisterfahrt gewesen!)

Die Investitionsquote und die absolute Höhe der eigenfinanzierten Investitionen sinken trotz aller steigenden Einnahmen kontinuierlich.

Zur Zinssteuerquote inklusive aller Nebenhaushalte ist festzuhalten, dass in einer historischen Niedrigzinsphase jeder siebte Euro für den Kapitaldienst ausgegeben wird. Schlechter steht sich – auch nach gutachterlichen Befunden – kein einziges anderes Flächenland in Deutschland.

So werden Sie die Schuldenbremse selbst zum spätestmöglichen Termin 2020 nicht einhalten können. Genau das wird auch in Ihrem sogenannten Nachhaltigkeitsbericht der Landesfinanzen auf Seite 82 ff. angedeutet. Dort geht aus den Unterlagen hervor, im Basisszenario – also wenn der Status quo fortgeschrieben wird, ohne dass es zu neuen strukturellen Korrekturen in der Haushaltspolitik kommt – ist ein ausgeglichener Haushalt, den uns das Grundgesetz glücklicherweise vorschreibt, im Jahr 2020, also selbst zu diesem späten Termin, nicht erreichbar.

Selbst wenn Sie dort Ihre Better- und Best-Case-Szenarien entwerfen: Mehr Wachstum und eine höhere Demografierendite allein reichen für ein Ende des Schuldenstaates nicht aus.

Deshalb sagen wir: Es fehlt ein von dieser Landesregierung entworfener konkreter Abbaupfad, unterlegt mit Etappenzielen und Maßnahmen, wie unser Land aus eigener Kraft das Neuverschuldungsverbot spätestens 2020 zuverlässig einhalten kann.

Die von Ihnen erhofften Steuererhöhungen im Bund wird es so schnell nicht geben; daran ändert auch die große Enttäuschung auf Ihrer Seite nichts. Stark steigende Zuwendungen aus Bundesergänzungszuweisungen und dem Länderfinanzausgleich sind nur vordergründig erfreulich; in Wahrheit sind sie ein Indikator für die strukturelle Schwäche des Bundeslandes NRW im Bundesländervergleich.

Da haben Sie für den Haushalt des Jahres 2013 einen Mittelzufluss von 250 Millionen € einkalkuliert. Für das nächste Jahr gehen Sie von 760 Millionen € und für 2015 ff. von 800 Millionen € aus.

Ihr bundesweiter Sonderweg der vermeintlich guten Staatsverschuldung ist deshalb nicht rühmlich. Sie setzen auf Elemente spekulativer Finanzpolitik. Insbesondere sieht man das bei dem Thema „globale Mehreinnahmen in dreistelliger Größenordnung“. Diese kann das Land nämlich nicht steuern. Könnten Sie die Entwicklung präzise beeinflussen, müssten Sie das aus Gründen der Klarheit und Wahrheit

in der Haushaltspolitik auch im Haushalt titelscharf nachweisen.

Haushaltsschönheit existiert insbesondere auch beim Umgang mit den Lasten der WestLB. Im Frühjahr 2013 lassen Sie von diesem Parlament eine mittelfristige Finanzplanung beschließen, die für die drei Jahre 2014 bis 2016 WestLB-Lasten von stolzen 2,5 Milliarden € vorsieht. Heute, fünf Monate später, streichen Sie diese komplett auf null. Das sind 2,5 Milliarden €, die einfach so verdunstet sind, obwohl Sie selbst bei jeder Gelegenheit sagen, auch Sie gingen davon aus, dass das Land für diese Garantien noch wird aufkommen müssen.

(Zurufe von der SPD)

Selbst wenn sich die Leistungszeitpunkte abhängig von Marktentwicklungen etwas verschieben mögen und vielleicht sogar auch einzelne Risiken abnehmen, ist dieser fundamentale Bruch, dieses Wegradieren von 2,5 Milliarden € absolut nicht plausibel.

(Beifall von der FDP)

Die Idee dieser Landesregierung ist ganz offenbar: Wenn wir die Risiken ignorieren, können wir mit umso besserem Gewissen weiter kräftig das Füllhorn vermeintlich sozialer Wohltaten unbeschwert über das Land ausschütten.

Jeden Monat werden neue skandalöse Vorgänge bei der Aufarbeitung der WestLB bekannt, zuletzt der Verlust mehrerer Hundert Konten, dubiose Offshore-Praktiken oder die Falschberatung zahlreicher argloser Kommunen, denen windige Swap-Geschäfte empfohlen wurden. Wir sind hoffentlich bald, auch durch die Erkenntnisse und Expertisen des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses WestLB, an dieser Stelle weiter.

Die Rechtsnachfolgerin Portigon AG macht in diesem Jahr wieder einen Milliardenverlust. Es gibt außerdem noch enorme Lasten durch Pensionen und den Personalabbau, und auch die Portfolien bei der Bad Bank EAA sind noch zu schultern.

Herr Finanzminister, wann präsentieren Sie diesem Haus mal messbare und nachprüfbare Erfolge bei der Vermittlung von Portigon-Personal in andere Landesaufgaben? Wann präsentieren Sie diesem Parlament mal messbare Erfolge für erstrittene Schadenssummen im Zusammenhang mit der Subprime-Krise, so, wie andere Institute das vorweisen können?

Herr Finanzminister, wo ist Ihre Strategie eines sinnvollen Personalkonzepts für die Ressorts dieser Landesregierung insgesamt als Konsequenz aus Bürokratieabbau und Aufgabenkritik?

(Beifall von der FDP)

Stellenabbau findet bei Ihnen beispielsweise an Berufskollegs zulasten der schwächeren Schüler mit Verweis auf eine vermeintliche Präventionsrendite, die die Landesregierung auf unsere Nachfrage hin

dann aber selber nicht belegen kann, statt. Hingegen gibt es einen massiven Stellenaufbau im Umfang von mehreren hundert Stellen in der Umweltbürokratie oder neue Planstellen für das bürokratische Monster „Kontrollstelle für das Tariftreue- und Vergabegesetz“.

Andere Bundesländer wie zum Beispiel das Saarland weisen den Weg. Dort gibt es im Zusammenhang mit der Aufgabenkritik einen 11%igen Stellenabbau. Dafür erhalten alle Bediensteten eine Tarifanpassung. DGB wie auch Deutscher Beamtenbund loben den diesbezüglich geschlossenen Pakt.

Davon sind Sie, Herr Finanzminister, nach den Massenprotesten der Landesbeamten in Nordrhein-Westfalen weit entfernt. Eine Absenkung der Personalausgabenquote in NRW auf die saarländische Relation würde unseren Landeshaushalt um 1,1 Milliarden € entlasten.

Bei strukturellen Einsparungen agiert Rot-Grün in NRW fantasielos. Ihr sogenanntes Effizienzteam ist in Wahrheit ein Ineffizienzteam, das nämlich seit 2012 zwar dabei ist, Strukturen zu überprüfen, aber für den Haushalt 2014 keine substantiellen Ideen zugeliefert hat. Oder Sie verschweigen uns die hier. Offenbar ist die viele heiße Luft raus. Kein Wunder also, dass die Landesregierung um diese Einrichtung eine solche Geheimniskrämerei betreibt.

Es wird Zeit, meine Damen und Herren, dass dieses Parlament die Landesregierung endlich dazu verpflichtet, für Nordrhein-Westfalen einen verbindlichen Konsolidierungspfad mit überprüfbaren Wegmarken vorzulegen, wie der grundgesetzlich vorgeschriebene Schuldenstopp spätestens im Jahre 2020 zuverlässig und aus eigener Kraft erreicht werden kann.

Die Zielerreichung muss anschließend regelmäßig evaluiert und bei Fehlentwicklungen muss umgesteuert werden. Herr Finanzminister, solange Sie diese Minimalanforderungen nicht erfüllen und keine belastbaren Konzepte zur Bewältigung dieser Herausforderungen vorlegen, bleiben Sie ein haushaltspolitischer Geisterfahrer, dem wir als Opposition nicht zur Unfallflucht verhelfen werden. – Vielen Dank.

(Heiterkeit und Beifall von der FDP)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht der Kollege Mostofizadeh.

**Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Witzel hat es sich ganz leicht gemacht und seitens der FDP-Fraktion keinerlei Vorschläge unterbreitet, ansonsten aber Aufgaben an die Landesregierung verteilt, ohne Maßnahmen zu nennen, wie man in der Haushaltspolitik vorankommen kann.

Ich, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte zunächst einmal der Landesregierung für den sehr guten Haushaltsentwurf danken,

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuerufe von der CDU und der FDP: Oh!)

den sie im Kabinett beschlossen und auf den Weg gebracht hat.

Wir haben in den Ausschussberatungen noch einige Änderungen vorgenommen, um den ohnehin schon sehr guten Haushaltsentwurf noch ein kleines bisschen besser zu machen. Zugegebenermaßen sind die wesentlichen Weichen schon gestellt worden.

Konsequent wird die rot-grüne Politik für bessere Bildung – Stichwort: 1 Milliarde € mehr für die Hochschulen –, die Politik für deutlich mehr Geld für den Ausbau der Kindertagesstätten – Stichwort „U3-Ausbau“ – sowie für die Trendumkehr bei der Kommunalfinanzierung – Stichwort: höhere Ausstattung beim Einheitslastenausgleichsgesetz –, aber auch für verschiedene kleinere Maßnahmen in den Fachressorts fortgesetzt.

Der Kollege Witzel hat gesagt, wir hätten die schwarz-gelbe Konsolidierungslinie verlassen. – Was war denn diese schwarz-gelbe Konsolidierungslinie, Herr Kollege Witzel? – Die hieß: 1 Milliarde € weniger pro Jahr für die Kommunen! Das wäre Ihre Politik gewesen. Die Kommunen wären sehenden Auges in die Überschuldung gelaufen. Das wäre FDP-Politik à la carte bis 2010 gewesen.

Außerdem – ich komme zu den Änderungsanträgen – haben wir den Stärkungspakt noch einmal um 90 Millionen € aufgestockt. Jetzt sind es gerade mal noch 90 Millionen €, die von den sogenannten nachhaltig abundanten Kommunen zur Finanzierung mit beigetragen werden sollen. Ich wiederhole es an dieser Stelle: Das Land finanziert 420 Millionen € originär aus dem Landeshaushalt. Gleichzeitig ist die Basis für die Finanzierung der kommunalen Anteile im GFG durch eine höhere Grunderwerbsteuer und eine verbesserte Ausstattung im Rahmen der Bundesergänzungszuweisung gelegt worden.

Die 90 Millionen €, die jetzt im Rahmen der Solidarumlage zu tragen sind, sind vertretbar. Auch das System ist vertretbar. Denn man stelle sich nur einmal vor, wir würden im bundesweiten Länderfinanzausgleich die Länder Hessen, Baden-Württemberg, Bayern und auch lange Jahre Nordrhein-Westfalen – wir sind immer noch Nettozahler – aus der Solidarität herauslassen. Das wäre nämlich die Logik, beteiligten wir die Kommunen, die nachhaltig abundant sind, nicht.

Meine Person und meine Fraktion stehen hinter dem Konzept. Wir haben es für richtig gehalten, zunächst für eine Entlastung zu sorgen, um einen Übergang zu schaffen. Aber angesichts der Größenordnung, die zu bewältigen ist, ist es richtig,

Kommunen, die etwas mehr beitragen können, mit einem aus meiner Sicht ganz bescheidenen Anteil an diesem Projekt zu beteiligen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Kollege Optendrenk, ich habe im Haushalts- und Finanzausschuss letzte Woche eine Menge gelernt. Ich habe zum Beispiel gelernt, dass die CDU – das haben Sie betont – keinen einzigen Euro mehr für die Kommunen bereitstellen will. Sie haben gesagt und sich dabei auf den Fraktionsvorsitzenden Laumann bezogen: Solange der Landeshaushalt nicht in Ordnung gebracht ist – „in Ordnung“ heißt bei mir „Nettoneuerschuldung Null“, wie Sie es bisher vorgetragen haben –, gibt es für die Ausstattung der Kommunen keinen Euro mehr.

Also, Herr Kuper: Keinen Euro mehr für die Solidarumlage! Keinen Euro mehr für das GFG! Auch keinen Euro mehr für die Stärkung sonstiger Kommunen! – Alle Ihre Versprechungen, die Sie und der Kollege Biesenbach in Pressemitteilungen in die Luft pusten, sind null und nichtig, sie lösen sich durch die von der CDU vorgeschlagene Haushaltspolitik in Luft auf.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Herr Kollege Laumann – er ist jetzt nicht im Raum –, Sie haben die Gemeinde Wilnsdorf zum Maßstab der nordrhein-westfälischen Gemeindefinanzierungspolitik erhoben. Auch für diese Gemeinde gibt es nach den Maßstäben der CDU keinen einzigen aus dem Landeshaushalt zu finanzierenden Euro mehr. Das ist die Wahrheit, die heute auf den Tisch kommen muss.

Ich will noch etwas hinzufügen:

Herr Kollege Laumann, Sie haben in Ihrer Rede gesagt – ich zitiere an dieser Stelle wörtlich – dass es die wichtigste Aufgabe der politischen Generation, die jetzt hier im Landtag von Nordrhein-Westfalen sitzt, ist, diesen inzwischen 40-jährigen Kreislauf, mehr Geld auszugeben, als man einnimmt, zu durchbrechen. – Wenn das so ist, weist Ihre bisherige Argumentation eine massive Schiefelage auf.

Die Nettoneuerschuldung beträgt 2,4 Milliarden €, deutlich fallend gegenüber den letzten Jahren. Weil wir aber immer noch eine Neuverschuldung haben, müssen wir noch mehr konsolidieren.

Was macht die CDU? – Sie stellt neue Wunschlisten auf: Sie wollen 730 Millionen € mehr für Personalanpassung ausgeben. 450 Millionen € ist Ihnen die Rücknahme der Erhöhung der Grunderwerbsteuer wert. 150 Millionen € würde es kosten, die von uns letztes Jahr vorgenommenen und von Ihnen kritisierten Kürzungen bei den Förderprogrammen zurückzunehmen. 90 Millionen € würde es kosten, die Solidarumlage, die Sie scharf kritisieren, zurückzunehmen. Ich habe den Betrag nur geschätzt: Bei der Inklusion wollen Sie so aufbauen, dass es massive Kosten im Hinblick auf die Kon-

nexität geben kann. Sie haben auch noch einen Mehrbedarf bei den Lehrerinnen- und Lehrerstellen angenommen. Wenn ich den VBE richtig deute – ich bin noch ganz vorsichtig mit meiner Schätzung –, sind 250 Millionen €, die ich in die Liste geschrieben habe, eher bescheiden, was die postulierten Wünsche der CDU anbetrifft. Weiter wollten Sie auf Bundesebene zur Reduzierung der kalten Progression vonseiten Nordrhein-Westfalens 400 Millionen € an zusätzlichen Mitteln aufbringen. Das allein wären schon über 2 Milliarden € Mehrbelastung für den Landeshaushalt von Nordrhein-Westfalen.

Sie können doch nicht auf der einen Seite Wunschzettel ausstellen und auf der anderen Seite der Landesregierung vorwerfen, sie würde zu viel Geld ausgeben. Das ist entweder Schizophrenie oder Betrug an Wählerinnen und Wählern.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Weil es so frisch ist – wir deuten noch die Aussagen des Koalitionsvertrages auf Bundesebene, der, glaube ich, gleich zur Unterschrift bereitliegen soll oder gerade unterschrieben worden ist –: Ich hoffe, dass bei 23 Milliarden € nicht die üblichen 10 % Finanzierungskosten – da bekomme ich ähnliche Albträume wie der Kollege Hahn – auf Nordrhein-Westfalen zukommen werden, denn dann würde die Wunschliste nicht 2 Milliarden €, sondern 4 Milliarden € kosten.

Ich komme zum sogenannten, von der CDU hier vorgelegten Sanierungskonzept. 116 Millionen € wollen Sie aus den Förderprogrammen herausheben. Herr Kollege Müller, bei der Sportförderung sollen es 20 % sein. Ich bin gespannt, ob Sie bei der Beratung zum Einzelplan 07 die Linie vorgeben werden, wo diese 20 Millionen € konkret gespart werden sollen. Der Kollege Optendrenk hat gefordert, die Aufwüchse, die es seit 2010 in den Förderprogrammen gegeben hat, wieder einzusammeln. Herr Kollege Dr. Dr. Sternberg, im Kulturbereich hat es in der Tat Aufwüchse gegeben. Wollen Sie die wieder einsammeln? Ich möchte gleich Ihre vehemente Rede hören, in der Sie benennen, wo Sie denn die Kürzungen vornehmen wollen. Bei der Orchesterförderung? Bei der Kulturförderung vor Ort? Ich möchte konkret wissen, welche Einsparungen Sie hier auf den Tisch legen wollen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Herr Kollege Kaiser, wir geben im Moment gut 380 Millionen € für die Förderung des offenen Ganztags an Schulen aus. 20 % machen immerhin fast 77 Millionen € aus. Wenn wir um die kürzen würden, würden ganze Strukturen an den Ganztagschulen zusammenbrechen. Werden Sie gleich vortragen, wo die Kürzungen vorgenommen werden sollen?

Ich kann nur sagen: Das, was Sie hier im Landtag vortragen, ist nach wie vor Schizophrenie oder Betrug an Wählerinnen und Wählern.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir haben weder in den Plenarberatungen noch im Haushalts- und Finanzausschuss konkrete Alternativen gehört, die durchgerechnet oder nachvollziehbar sind.

Weil der Kollege Optendrenk uns ins Stammbuch geschrieben hat, wir würden globale Mehreinnahmen im Haushalt platzieren: Was haben Sie denn heute an Anträgen vorgelegt? – Bei den 150 Millionen € Steuermehreinnahmen für den Nachtragshaushalt haben der Herr Kollege Witzel und die gesamte FDP-Fraktion nicht nur mitgeschimpft, sondern den Antrag sogar unterstützt. In derselben Sitzung haben Sie dem Finanzminister allerdings vorgeworfen, wir würden Luftbuchungen bei den Steuereinnahmen vornehmen. Also: Wie durcheinander muss man denn sein, um solch einen Antrag auf den Tisch zu legen?

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Sie haben Zinsausgaben abgesenkt und meinen, damit strukturelle Veränderungen im Haushalt vornehmen zu können. – Das ist nicht der Fall, meine Damen und Herren. Der Entwurf der Landesregierung war bereits sehr gut. Die wenigen Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen haben ihn ein Stück besser gemacht. Deswegen kann ich guten Gewissens sagen: Wir – das gilt für die gesamte Koalition – stimmen diesem Haushaltsentwurf in der jetzigen Fassung zu. Ich kann eigentlich nur appellieren, dass alle anderen Kolleginnen und Kollegen es uns gleichtun.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh. – Für die Fraktion der Piraten spricht der Abgeordnete Schulz.

**Dietmar Schulz (PIRATEN):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer hier im Hohen Hause und am Stream! Haushalt 2014, Einzelpläne 12 und 20: Wenn man die Liste der Mängel durchforstet, die dieser Haushalt aufweist, könnte man – darauf komme ich gleich – auch sagen – es wurden schon Horrorszenarien beschrieben und Filme zitiert –, dass dieser Haushalt möglicherweise ein Pendant zu dem Film „Zurück in die Zukunft“ bildet. Das wird sich nämlich dann zeigen, wenn wir zu der Frage kommen, ob und inwieweit die Landesregierung – getragen von den hier vertretenen Fraktionen der SPD und der Grünen – bereit ist, dem im Koalitionsvertrag festgeschriebenen tatsächlich Taten folgen zu lassen.

In Bezug auf den Einzelplan 20 möchte ich – wie auch schon im Haushalts- und Finanzausschuss – noch einmal Herrn Dr. Optendrenk für seine Beharrlichkeit danken, sodass er dann die Möglichkeit hatte, die Antworten des Finanzministeriums an die



Fraktionen weiterzuleiten, welche eben nicht die Regierung tragen. Das gilt für die Zahlen, die dort vorliegen und für den Haushalts- und Finanzausschuss, obwohl dort nachgefragt, nicht in die Antwort gegossen worden sind.

So stellen wir uns jedenfalls keine Politik der Einladung und auch keine Politik der Kooperation auf dem Weg zu einer Konsolidierung der Finanzen des Landes Nordrhein-Westfalen vor. Entweder man macht etwas gemeinsam und hat ein gemeinsames Ziel, oder man hat dieses nicht. Die Wege dorthin können selbstverständlich unterschiedlich sein.

Man muss einfach sagen: Die Struktur des Haushaltes 2014, wie er uns hier im Entwurf vorliegt, weist ganz klar in die Richtung, dass offensichtlich vor allem strukturelle Veränderungen weder im laufenden Haushaltsjahr noch in der Zukunft beabsichtigt werden.

Das Effizienzteam, das schon zu Beginn der Legislaturperiode als Speerspitze für den Landeshaushalt bzw. als Beratungsteam apostrophiert war, sollte einzig und allein dem Zweck dienen, die Landesregierung dabei zu unterstützen, Möglichkeiten struktureller Veränderungen im Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen aufzudecken und Maßnahmen zu empfehlen. Bis heute aber ist nichts passiert, außer dass für teures Geld – nämlich für mittlerweile über 1 Million € – Demografiegewinne identifiziert worden sind, die nunmehr ganz maßgeblich mit dazu beitragen sollen, dass eine Verschuldung des Landes Nordrhein-Westfalen heute wie in der Zukunft kleingerechnet werden soll.

Man nimmt also Dinge an, die letztendlich noch von zukünftigen Ereignissen abhängen, von deren Entwicklungen wir heute nur ahnen können, dass sie eintreten oder nicht. Auch da gilt schon heute: zurück in die Zukunft. Denn was im Jahre 2017, am Ende der Legislaturperiode, oder gar 2020, also dann, wenn die Schuldenbremse greift, vorliegen wird, das müssen wir schauen. In dem Kontext kommt dann auch wieder das zum Tragen, was Kollege Witzel in Bezug auf die WestLB gesagt hat.

Ich habe noch gut im Ohr, dass es heißt, dass die erteilten Garantien des Landes Nordrhein-Westfalen in Höhe von bis zu 5 Milliarden € voll in Anspruch genommen werden. Davon ist bisher 1 Milliarde € bezahlt.

Wenn wir hören, dass 2,4 Milliarden € zwar in der Planung angesetzt waren, diese aber plötzlich verschwinden, weil man noch nicht weiß, wann sie zu zahlen sind, dann stellt sich für uns heute hier die Frage: Wann werden sie denn wohl fällig?

(Beifall von Ralf Witzel [FDP] und Dirk Wedel [FDP])

Möglicherweise am 1. Januar 2018 bzw. am ersten Tag nach Ende der laufenden Legislaturperiode? Herr Finanzminister, diese Frage müssen Sie be-

antworten, denn Sie sind bezüglich dieser Garantien einer der Vertragsgestalter.

Dann kommen wir zur Streichung von Förderungen des Atomkraftwerksbetreibers HKG. Da erkennen wir Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von über 30 Millionen €. Da erkennen wir im Einzelplan 20 Zahlungen, Baransätze von 1,5 Millionen €.

Im Koalitionsvertrag zwischen SPD und Grünen wurde Folgendes vereinbart – ich zitiere –:

„Insbesondere im Hinblick auf die ungeklärte Finanzierung des Rückbaus des THTR werden wir die früheren Betreiber bzw. Rechtsnachfolger und Eigentümer in die finanzielle Verantwortung nehmen.“

Das steht so im Koalitionsvertrag. Ich stelle fest: Im Haushalt 2014 ist weiterhin die Förderung des Atomkraftwerksbetreibers in Hamm-Uentrop vorgesehen. Lange wurde behauptet, das Land sei rechtlich zu dieser Zahlung verpflichtet. Wir wissen in der Zwischenzeit, dass seit 2009 jede vertragliche Grundlage für eine derartige Verpflichtung fehlt. Tatsächlich leistet das Land so lange keine Zahlungen, bis die 3. Ergänzungsvereinbarung, über die derzeit noch Prüfungen stattfinden, mit dem Atomkraftwerksbetreiber unterschrieben ist.

Daher frage ich Sie, Herr Finanzminister – Sie hatten letzte Woche im Ausschuss noch gesagt, das sei noch nicht so weit, es werde noch geprüft –: Haben Sie inzwischen die 3. Ergänzungsvereinbarung zum Rahmenvertrag mit dem Atomkraftwerksbetreiber unterschrieben? Ist sie bereits unterschrieben? Liegt sie vor? –Ich sehe Schweigen von Herrn Finanzminister. Das lässt im Prinzip darauf schließen, dass sich gegenüber letzter Woche Donnerstag nicht viel verändert hat.

**(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)**

Wenn sich aber nicht viel verändert hat, dann – das muss ich sagen – ist der Haushalt allein wegen eines Fehlers im Einzelplan 20 wahrheitswidrig. Dort steht nämlich – ich zitiere –:

„Die zuletzt im Jahre 2013 vereinbarten Finanzierungsregelungen haben eine Laufzeit bis zum Jahr 2022.“

Das Entscheidende an dieser Erläuterung im Einzelplan 20 ist, dass die Regelungen als bereits vereinbart dargestellt werden. Tatsächlich sind für 2013 und 2014 keine konkreten Zahlungen rechtsverbindlich vereinbart. Jeder, der dem Haushalt hier zustimmt, stimmt damit genau an diesem Punkt einem wahrheitswidrigen Haushalt zu. Und ist er in einem Teil falsch, dann ist er auch insgesamt abzulehnen.

Ich stelle zudem fest: Die Landesregierung setzt den Koalitionsvertrag nicht um. An welchen Stellen das noch der Fall ist, müsste man im Detail prüfen. Ich belasse es bei diesem einen Punkt.

Kommen wir zu einem weiteren Punkt innerhalb des Haushalts 2014. Wir haben bereits in Bezug auf den Nachtragshaushalt bezüglich der Personalverstärkungsmittel angemerkt, dass auch hier jede Umsetzung Ihrer Inaussichtstellung der Übertragung der Tarifergebnisse auf die Beamtinnen und Beamte fehlt.

Im Gegenteil: Sie haben auch nicht die aus der Anhörung zum Haushalt in diesem Jahr resultierenden Folgen eingearbeitet, bei der die Sachverständigen, zumindest einige davon, übereinstimmend sagten, dass im Haushalt 2014 Rückstellungen für diesen Bereich fehlen. Das sind Rückstellungen, zu denen gesagt wird: Das können wir nicht machen. Wir wissen ja nicht, ob wir zahlen müssen. – Gleichwohl wissen wir, dass an anderer Stelle, nämlich im Bereich Justiz, wo auch noch Prozesse laufen, sehr wohl Rückstellungen im Einzelplan 4 stehen. Warum geschieht das hier nicht? Die dicke Keule wird nämlich 2014 oder 2015 kommen, wenn wir uns hier im Landtag wieder damit befassen müssen, nachdem möglicherweise der Verfassungsgerichtshof das entsprechende Gesetz kassiert hat.

Kommen wir zu einem weiteren Punkt, nämlich den Einnahmen des Landes Nordrhein-Westfalen. Signifikante Verbesserungen sind nicht zu erwarten, jedenfalls nicht nach dem, was wir im Koalitionsvertrag sehen. Eines muss ich dem Herrn Finanzminister – ich hoffe, dass ich ihm dieses Lob richtigerweise ausspreche – wirklich sagen: gute Vorgaben, Steuerhinterziehung zu bekämpfen und Steuervermeidung einzudämmen. Das steht so im Koalitionsvertrag. Im Koalitionsvertrag steht auch, dass Gewinnverlagerungen international operierender Unternehmen entschlossen entgegengesetzt werden soll.

Natürlich steht auch drin, dass das Arbeiten zur OECD-BEPS-Initiative -Base Erosion and Profit Shifting – im Jahre 2015 endet und dass bis dahin noch einiges passieren muss.

Wir haben letzte Woche im Haushalts- und Finanzausschuss über Anträge abgestimmt. Einmal war es der Antrag auf Schließung von Steuerschlupflöchern, der von Ihnen bzw. den regierungstragenden Fraktionen auswies, dass alleine dadurch pro Jahr im Bund 160 Milliarden € Mehreinnahmen generiert werden könnten. Brechen wir das auf das Land Nordrhein-Westfalen herunter, dann können Sie sich ungefähr ausrechnen, was dabei herauskommt.

Was wir allerdings nicht nachvollziehen können, ist, dass Sie in einem Atemzug unseren Antrag, den Piraten-Antrag, zur knallharten Bekämpfung der Lizenz-Box-Geschäfte abgelehnt haben. Da wundere ich mich, dass im Koalitionsvertrag gleichwohl steht:

„Auch wollen wir sicherstellen, dass der steuerliche Abzug von Lizenzaufwendungen mit einer angemessenen Besteuerung der Lizenzträge

im Empfängerland korrespondiert. Im Vorgriff auf diese internationale Regelung werden wir in Deutschland erforderlichenfalls gesetzgeberisch voranschreiten.“

Jetzt frage ich mich: Ist das das Resultat der SPD-Einflussnahme auf den Koalitionsvertrag oder handelt es sich hierbei um das Ergebnis eines Vorstoßes des Finanzministers Schäuble aus dem Juli dieses Jahres? Das spielt unter dem Strich keine Rolle. Fakt jedenfalls ist: Konkrete Maßnahmen werden im Land Nordrhein-Westfalen nicht in Aussicht gestellt und auch nicht vorgenommen. Von daher müssen wir sagen: Wer sich hier hinstellt und fordert, auch die Einnahmeseite des Landes Nordrhein-Westfalen zu verbessern, muss auch entsprechend Taten folgen lassen. Hier im Land passiert das nicht. Ob das im Bund passiert, müssen wir schauen.

An dieser Stelle möchte ich schließen und in Aussicht stellen, dass wir, die Piratenfraktion, Einzelplan 20 und Einzelplan 12 ablehnen werden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Schulz. – Nun spricht für sich selbst der fraktionslose Abgeordnete Kollege Stein.

**Robert Stein** (fraktionslos): – Für das Plenum. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer! Globale Minderausgaben und Mehreinnahmen in Höhe von 1,2 Milliarden €, Blackbox Subventionen, mangelhafte strukturelle Ersparnis, ein höchst fragwürdiger PR-Gag namens Effizienzteam, ein WestLB-Desaster, Inklusionschaos, Steueroasen in der Karibik, BLB-Fragezeichen, Abundanzumlage-Desaster, Sturheit bei der Beamtenbesoldung, ein fehlender Pfad zum Einhalten der Schuldenbremse, eine Arroganz der Macht – das ist die rot-grüne Handschrift in der Haushalts- und Finanzpolitik nach gut 18 Monaten Arbeiten mit satter Mehrheit in dieser Legislaturperiode. Gute Nacht, NRW!

(Beifall von der CDU und der FDP – Marc Herter [SPD]: Keine Bewerbungsrede, bitte!)

Der Letzte macht das Licht aus. Aber auch das geht bald nicht mehr, weil die Energiepolitik zu scheitern droht. Wer kann schon sicher sagen, dass die Energiewende dauerhaft bezahlbaren und vor allem ausreichenden Strom für alle produzieren kann? Eines muss ich Ihnen dabei in aller Deutlichkeit sagen – das erschüttert mich auch ein bisschen –: Ich bat im HFA um einen Bericht der Landesregierung zu den Auswirkungen der Energiewende auf den Haushalt und bekam – nichts, zunächst.

Ich habe aber nachgehakt und bin geduldig. Im Gespräch mit Staatssekretär Messal ergab sich Fol-

gendes: Nachdem ich eigentlich erwartet habe, dass der Finanzminister uns etwas über die Auswirkungen auf Beschäftigung und Steuereinnahmen oder Subventionen in diesem Zusammenhang erzählen könnte, weil diese Dinge auf die eine oder andere Weise den Haushalt beeinflussen, wurde mir erläutert, dass der Finanzminister und auch das Ministerium dazu gar kein Ergebnis liefern könne. Ich sage Ihnen auch, warum: Sie sind gar nicht in der Lage, solche Analysen dort im Kabinett oder Ministerium zu tätigen. Und wer es noch nicht verstanden hat: Die Energiewende läuft einfach auf gut Glück, konzeptlos.

Sie treiben den Ausbau der erneuerbaren Energien hier voran, ohne sich im Klaren darüber zu sein, welche Folgen das konkret mit sich bringt. Da muss ich sagen: Wer im Endeffekt so verantwortungslos mit den hart erarbeiteten Steuergeldern seiner Bürgerinnen und Bürger umgeht, muss sich diesen Vorwurf, den ich hier erhebe, gefallen lassen oder aber den des Dilettantismus. In schildbürgerhafter Manier erklären hier Blinde, wie Farben aussehen, meine Damen und Herren.

Noch eine Sache, und die stimmt mich wirklich sehr bedenklich: Als ich vergangenes Wochenende mit meiner Tochter im Wildpark Düsseldorf spazieren ging, stolperte ich rein zufällig über folgende Broschüre des Umweltministeriums: „Zu Besuch bei Frosch und Co.“, Stand Dezember 2012. Es geht ums Wasser. Diese Broschüre ist für Kinder und Jugendliche gedacht, auf Steuerzahlerkosten produziert und wohlgerne für Jugendliche und Kinder im lesefähigen Alter. Da liest man solch schlaue Sätze wie: „Du lebst zum Glück immer, bis du stirbst.“ Aber das ist nicht der Punkt. Später heißt es nämlich – ich zitiere –:

„Gehen wir in ein anderes heißes Land, zum Beispiel Israel. ... In Israel werden Apfelsinen angebaut. ... Es regnet aber wenig in Israel. Wenn wir die Apfelsinen aus solch heißen Ländern in Deutschland essen, nehmen wir im Grunde immer ein bisschen von dem wenigen Wasser ... weg.“

Sie wählen nicht als Beispiel Tomaten aus Spanien oder Erdbeeren aus Ägypten – das hätten Sie ebenso gekonnt –, oder Sie referieren nicht allgemein bezogen auf heiße und trockene Regionen. Nein, Sie betonen einzig und allein und sehr bewusst „Israel“. Wollen Sie allen Ernstes in die Landwirtschafts- und Exportpolitik eines souveränen Staates eingreifen, indem Sie jungen Menschen subtil ein schlechtes Gewissen einreden, wenn Sie landwirtschaftliche Produkte aus Israel konsumieren? Das gehört sich nicht! Es ist schon sehr subtil, dass das in dieser Broschüre so formuliert wird.

(Beifall von der FDP)

Und dazu möchte ich Herrn Minister Rimmel – ich sehe ihn heute nicht – einmal hören. Er soll sich bit-

te dazu erklären. Das ist, auch wenn es nicht viel gekostet haben mag, eine wirklich unfassbare Angelegenheit. Und Sie von den Grünen fallen mit solchen Vorgängen nicht zum ersten Mal auf. – Danke.

(Beifall von der FDP – Zurufe von den GRÜNEN: Unglaublich!)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Stein. – Nun spricht für die Landesregierung Herr Minister Dr. Walter-Borjans.

**Dr. Norbert Walter-Borjans,** Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass Herr Stein für sich selbst gesprochen hat. Ich könnte jetzt sagen: Der Landeshaushalt spricht auch für sich selbst. Und damit ist eigentlich alles gesagt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben gerade wieder erlebt, wie all diejenigen, die von Konzeptlosigkeit und von mangelnder Struktur reden, heute ihren Hobbys nachgegangen sind: Der eine hat wieder die WestLB aufgerufen, der andere den THTR, der Dritte hat Zeitungsschnipsel der letzten Monate und Jahre vorgetragen. Ich glaube, das ist nicht der Weg, wie wir die Konsolidierung der Landesfinanzen von Nordrhein-Westfalen wirklich betreiben können.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Martin Börschel [SPD]: Das ist wohl wahr!)

Ich kann verstehen, dass die Opposition, insbesondere die CDU, sich auf der einen Seite immer wieder an den Ergebnissen eines einzelnen Jahres festhält, nämlich des Jahres 2008, das immer als der Erfolg der Konsolidierung unter Schwarz-Gelb dargestellt wird. Es wird dann aber nicht mehr erwähnt, dass es auch die Jahre 2009 und 2010 gegeben hat und dass es eine mittelfristige Finanzplanung bis in das nächste Jahr 2014 gab, die konstant 6,5 Milliarden € Neuverschuldung bei deutlich wachsenden Steuereinnahmen unterstellt hat.

Wenn Sie so wieder argumentieren, schauen Sie sich doch einfach mal die Realität an und berücksichtigen Sie auch, dass man nicht die Ist-Ergebnisse eines Jahres mit den Soll-Ergebnissen eines anderen vergleichen kann. Vielmehr muss man sagen: Im Soll des Jahres 2010, in Ihrem Haushalt, waren 6,6 Milliarden € neue Schulden geplant, und zwar konstant für die Jahre bis zum Jahr 2013 und 2014.

(Christian Möbius [CDU]: Steuermehreinnahmen!)

– Die waren auch eingeplant. Es waren erhebliche Steuermehreinnahmen von knapp 5 Milliarden € eingeplant. In Ihrer Planung wäre damit die Nettokreditaufnahme um 0,2 Milliarden abgesenkt worden. Also diese Weihnachtsgeschichte, dass mit

schwarz-gelbem Finanzgebaren 7 Milliarden € hätten eingespart werden können, können Sie unter dem Christbaum erzählen. Selbst da wird sie Ihnen aber niemand glauben.

Wir haben in diesem Haushalt den Weg fortgesetzt, und zwar von 2013 aus noch einmal deutlich beschleunigt, was den Abbau der Nettokreditaufnahme angeht.

Noch einmal: Wir haben bei 6,6 Milliarden € im Jahr 2010 angefangen. Die nächsten Haushalte enthielten 4,8, 3,3, 3,4 und jetzt im Jahr 2014 2,4 Milliarden neue Kredite.

Das ist von 6,6 im Jahr 2010 nach Null im Jahr 2020 ein Weg, der sich nicht nur sehen lassen kann, sondern der vor allem in den Haushalten, von denen wir mittlerweile Ist-Daten haben, jeweils noch besser abgeschnitten hat, sich noch besser dargestellt hat und der das deutlich gemacht hat, was Sie immer bezweifeln, nämlich, dass die globalen Minderausgaben und die globalen Mehreinnahmen in den Jahren immer realisiert worden sind.

Was soll ich davon halten, wenn Sie mir jetzt sagen, das ist bei Ihnen alles ganz anders, Sie würden keine globalen Minderausgaben und keine globalen Mehreinnahmen einsetzen. Zugleich stellen Sie Anträge, die nichts anderes sind als das globale Kürzen von Förderprogrammen. Es gibt weitere globale Minderausgaben, die Sie in Ihre Anträge eingepackt haben. Sie gehen von den gleichen oder sogar einer leicht erhöhten Steuereinnahmen aus wie Sie prognostizieren.

Die Steuern sind deutlich gestiegen. Das ist überhaupt keine Frage. Die Einnahmen sind deutlich gestiegen. Sie sind deshalb deutlich gestiegen, weil ein Loch aus dem Jahr 2010 jetzt wieder aufgehoht worden ist.

Aber was ist damit passiert? – Wir haben 9 Milliarden mehr Steuern. Wir haben 5 Milliarden mehr an die Kommunen gezahlt. Wir haben 2,7 Milliarden mehr Personalausgaben. Wenn man diese großen Brocken zusammenzählt, dann stellt man erst einmal fest, welch ein Erfolg die Senkung der Kreditaufnahme auf 2,4 Milliarden ist. Auf diesem Weg werden wir weitergehen, auch bis zum Jahr 2020.

Wir werden in dieser Zeit immer wieder – das haben wir ja gezeigt – die Globalpositionen belegen. Wir werden aus den Globalpositionen auch unsere Erfahrungen ziehen und uns angucken: Was ist daran eigentlich auch strukturell umzusetzen?

Der Pflock Null bei 2020 ist eingeschlagen, und jetzt geht es darum, den Weg dahin zu belegen, und zwar auch strukturell zu belegen, das machen wir, das machen wir auch mit dem Effizienzteam. Wer das Traumtänzeri nennt, der soll erst einmal eine Alternative vorlegen und nicht so ein Kauderwelsch, wie wir das hier heute gehört haben. Das will ich nur dazu sagen.

(Beifall von der SPD)

Noch einmal: Die Vorsorge für die WestLB-Lasten, die Sie mit Ihrer Klage 2010 verhindert haben, diese Lasten sauber in ein Sondervermögen einzustellen, werden jetzt da etatisiert, wo sie zu erwarten sind, und dann, wenn feststeht, dass sie auch zu erwarten sind.

Ich will nur sagen: So ärgerlich die sind und so belastend die für den Landeshaushalt sind: eines sind sie nicht: Sie sind keine strukturelle Ausgabe, die sich über die Folgejahre immer weiterzieht.

Deswegen ist es zwar nicht egal, wann die Mittel in den Haushalt eingestellt werden. Es wäre besser gewesen, wir hätten sie 2010 in ein Sondervermögen packen können. Sie werden dann etatisiert, wenn sie anstehen. Sie werden dann keine Auswirkungen auf die folgenden Haushalte haben, abgesehen von dem Kapitaldienst, der dafür anzusetzen ist.

Ich will jetzt gar nicht noch einmal lange auf die Frage der Zinslasten eingehen. Aber die Rechnung, dass jeder siebte Euro in diesem Haushalt Zinslast ist, sollten Sie sich besser einfach noch einmal angucken. Die ist auch von einem wissenschaftlichen Institut definitiv falsch dargestellt worden. Denn wenn ich die Zinslasten der Abwicklungsanstalt mit einbeziehe, dann stellen Sie bitte schön auch Ihre Schuldenuhr um. Dann muss die nämlich jeden Tag rasant rückwärtslaufen, weil nämlich dann die Schulden der Abwicklungsanstalt auch mit einbezogen werden müssen. Diese Schulden sinken von Tag zu Tag, weil die Abwicklungsanstalt eine saubere Arbeit hinlegt.

Wenn ich das dann vergleiche, dann muss Nordrhein-Westfalen gerade mit dem von Ihnen genannten Saarland, aber auch mit dem Bund keinen Vergleich scheuen. Wir sind in der Zinslastquote deutlich unter vielen anderen. Wir sind höher im Übrigen als viele aus dem Osten Deutschlands, weil die mit dem Soli eine Möglichkeit bekommen haben, keine Altschulden aufzutürmen. Das sind alles Dinge, über die in der nächsten Legislaturperiode auch auf der Bundesebene geredet werden muss.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zum THTR will ich Ihre Frage aber trotzdem gerne beantworten, Herr Schulz. Ich habe Ihnen im Haushalts- und Finanzausschuss deutlich gemacht, dass es auf der Basis des Rahmenvertrages schon zweimal eine Fortsetzung gegeben hat, dass eine dritte unterschriftsreif war und schon vorlag, als diese Landesregierung ins Amt gekommen ist. Wir haben die Fortschreibung dieser Rahmenvereinbarung überprüft, und wir hätten auf der gegenwärtigen rechtlichen Grundlage allen Grund, zu sagen, wir setzen das so fort. Aber der Bund hat eine Überprüfung gemacht. Die ist zu dem Ergebnis gekommen, dass er sich dieser Fortsetzung so stellen will. Ich habe dann gesagt, wenn der Bund überprüft und

sagt: „Ja, wir können folgen!“, dann ist das für mich ein Anlass, zu sagen: „Dann prüfe ich auch noch einmal, um zu sehen, ob sich da nicht möglicherweise eine Besserstellung des Bundes gegenüber dem, was nötig wäre, ergeben hat“. Diese Prüfung dauert an. Wenn die Prüfung abgeschlossen ist, dann werden wir dem Vertrag in der Weise, wie er dann richtig ist, auch gerecht werden.

Dass wir da eine Verpflichtungsermächtigung in den Haushalt eingestellt haben, ist völlig richtig. Denn wenn diese Überprüfung zu dem Ergebnis führt, dass dieser Vertrag so gelten kann, dann muss in 2014 auch bezahlt werden. Dazu ist sie da.

Uns da zu unterstellen, wir hätten keine saubere Ausweisung von Mitteln vorgenommen, ist schlicht und ergreifend das Gegenteil dessen, was Sie fordern, nämlich Transparenz in unserem Haushaltsgebaren. Wir haben einen transparenten Haushalt. Wir sind auf einem guten Weg zur Schuldenbremse. Das, was wir hier machen, kann sich angesichts der Herausforderungen dieses Landes sehr gut darstellen und sehen lassen. Ich sage Ihnen: Dazu werden auch noch eine Reihe von Diskussionen zwischen Ländern und Bund nötig sein. Dafür haben wir jetzt auch Grundlagen geschaffen. An die gehen wir auch heran. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister. Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen. Damit können wir noch im Rahmen unseres Zeitplans zur Abstimmung kommen. Die läuft folgendermaßen ab:

Erstens stimmen wir ab über den **Änderungsantrag** des fraktionslosen Abgeordneten Stein, **Drucksache 16/4484**. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? – Selbstverständlich der fraktionslose Abgeordnete Stein als Antragsteller, dazu einige aus der Piratenfraktion, dazu die CDU-Fraktion – soweit ich sehe und sie vorhanden ist – geschlossen, die FDP-Fraktion – soweit vorhanden – auch geschlossen. Wer stimmt dagegen? – Dagegen stimmen die SPD-Fraktion und die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen, relativ weitgehend vorhanden. Wer enthält sich der Stimme? – Es enthält sich der Stimme einer aus der Piratenfraktion. Damit ist dieser Änderungsantrag mit breiter Mehrheit **abgelehnt**.

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über den Einzelplan 12. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/4412, den Einzelplan 12 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer stimmt dem so zu? – Das tun SPD-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt gegen diesen Vorschlag? – Die Fraktion der Piraten, der fraktionslose Abgeordnete Stein sowie die Fraktionen von CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen im Hohen Haus? – Das ist bei diesem

Punkt nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 12 in zweiter Lesung angenommen**.

Die Abstimmung über den Einzelplan 20 sowie den Text des Haushaltsgesetzes und dessen Anlagen werden wir, wie bereits mehrfach angekündigt, erst morgen nach Abschluss der Beratungen über die Einzelpläne vornehmen. – Damit sind wir am Ende dieses Tagesordnungspunktes.

Ich habe eine freudige Zwischenaufgabe. Ich darf nämlich Herrn Robert Otepka begrüßen, der sich als neuer Konsul und Leiter der Konsularischen Vertretung der Tschechischen Republik heute hier im Landtag bei der Freundschaftsgruppe vorstellt. Herzlich willkommen, Herr Konsul!

(Allgemeiner Beifall)

Wir freuen uns sehr, dass unser Hohes Haus auch mit Ihrer Republik beste Beziehungen pflegt. Der Kollege Werner Jostmeier ist für dieses Thema hier federführend zuständig.

Damit kommen wir zum nächsten Arbeitspunkt, und zwar zum

#### **Einzelplan 02 Ministerpräsidentin**

mit den Teilbereichen a) Ministerpräsidentin und Staatskanzlei, b) Landesplanung, c) Europa und Eine Welt und d) Medien.

Ich darf auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/4402 hinweisen.

Ich eröffne die Aussprache für den

#### **Teilbereich Ministerpräsidentin und Staatskanzlei**

und darf das Wort zunächst dem von mir eben schon erwähnten Herrn Kollegen Jostmeier geben. Bitte schön.

**Werner Jostmeier (CDU):** Herzlichen Dank für diese Vorrede. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Besucherinnen und Besucher im Landtag Nordrhein-Westfalen! Herr Konsul, sehen Sie es mir nach: Weil die Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt jetzt stattfindet, müssen wir uns eine Viertelstunde später treffen. Seien Sie aber ganz herzlich willkommen! Danke, dass Sie da sind!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben jetzt den Haushalt der Ministerpräsidentin und der Staatskanzlei zu beraten. Die Ministerpräsidentin kann heute aus verständlichen Gründen nicht hier sein.